

Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint wöchentlich Mittwoch und Samstag der Tage nach Sonn- und Feiertagen.
Gesamtpreis: monatlich Mark 5.00 durch die Buchdrucker
mit den Posten; durch die Post bezogen vierzehntäglich
Mark 10.00, monatlich Mark 6.00.
Ausgabepreis: im Einzelhandel 1.00 Mark, ausserhalb 1.40 Mark, vierzehntäglich. Ein-
zelhandelspreis: im amtlichen Teil der Post 50 Pfennig 8.00 Mark.
im Reichspostamt: Nr. 500 4.50 Mark.

Postleitzahl: Oelsig 12220.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Schwarzenberg und Zwickau, sowie der Staats- u. Städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Lößnitz, Neustadt, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildensels.

Verlag von C. M. Gäßner, Aue, Erzgeb.

Bernpreis - Anklüsse: Rue 81, Lößnitz (Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 19.

Drahtanzeige: Volksfreund Aue/Erzgebirge.

Wiederholungsanzeige für Nr. am Nachmittag erschienene
Nummer bis vorwiegend 8 Uhr in den Beauftragten-
stellen. Eine Gemüth für die Wiederholung der Tageszeit
am vorgerückten Tage sowie zu bestimmter Stelle wird
nicht gegeben, auch nicht für die Wiederholung der kurzen Fern-
schreibzeit angenommen. — Die Wiederholung einer einzigen
einfachen Schriftliche übernahme ist auf Wiederholung
keine Berechtigung. Unterbrechungen des Schrift-
beitrags bedingen keine Wiederholung. Die Zeichnungswerte
sind Ausnahmen, wenn solche als nicht verwertbar.
Gesetzgebungsblätter in Aue, Lößnitz, Schneeberg und
Schwarzenberg.

Nr. 211.

Freitag, den 9. September 1921.

74. Jahrg.

In Wachleithe ist unter dem Viehhoflande des Gutsbesitzers Hermann Schreiter, Ortsteil Nr. 2, die Maul- und Klauenpest amlich festgestellt worden. Der Sperrbezirk besteht nur aus dem verlaufenen Gebiete. Das Beobachtungsgebiet wird auf den ganzen Ort Wachleithe ausgedehnt.

Es gelten die gleichen Bestimmungen wie in der Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg vom 28. Mai 1920, die Maul- und Klauenpest in Unterscheide betreffend, abgedruckt in Nr. 123 des Erzgebirg. Volksfreundes vom Jahre 1920, aus die ausdrücklich hingewiesen wird.

Insbesondere sind folgende Bestimmungen zu beachten:

1. Sperrbezirk: Klaueniere dürfen den Stall nicht verlassen; die Einfuhr ist ebenso wie die Ausfuhr verboten.

Die Ein- und Ausfuhr zum sofortigen Schlachten unterliegt der Genehmigung.

2. Beobachtungsgebiet: Das Betreten des Beobachtungsbezirks durch fremde Klaueniere ist verboten; jede Ausfuhr unterliegt der Genehmigung.

3. Hundesperr für den Ort Wachleithe.

Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 7. September 1921.

Auf dem Wege der Verhandlungen.

Man schreibt dem „E. V.“:

Trotz aller Alarmnachrichten bestätigt sich der Eindruck, daß die Sicherung der inneren Lage Fortschritte macht. Die Reichsregierung scheint vernünftiger weise nicht der Ansicht zu sein, daß es jetzt auf Biegen oder Brechen kommt, sondern sie zeigt sich bemüht, die noch vorhandenen Schwierigkeiten auf dem Wege der Verhandlungen zu beseitigen. Der Reichsanziger Dr. Wirth hat einem ausländischen Pressevertreter erklärt, er glaube nicht an die Gefahr eines monarchistischen Putsches. Es ist erstaunlich, daß der gegenwärtige Führer der deutschen Politik sich weigert, die Geiselnster am hellen Tage zu sehen, die der sozialdemokratischen Presse dazu dienen sollen, die Geschäfte ihrer Partei zu besorgen. Dr. Wirth hat sich denn auch mit einer Abordnung des Deutschen Nationalen Partei unterhalten. Und wenn die Verhandlungsparteien auch nicht in allen Punkten einen Sinn geworden sind, so haben sie sich doch auch nicht in der Todessindhaft gegenübergestanden, die in den ersten Tagen der Erregung als Parole gegen die bösen „Rechtsparteier“ ausgegeben wurde. Man ist sich inzwischen doch wieder menschlich etwas näher gekommen.

Auch Bayern gegenüber legt es die Reichsregierung vernünftigerweise nicht auf Biegen oder Brechen an. In der oben erwähnten Unterredung mit einem ausländischen Journalisten hat Dr. Wirth auch erklärt, er werde mit Bayern nicht streiten. Statt des verhängnisvollen Streites hat die Regierung auch hier den Weg vernünftiger Verhandlungen gewählt. Sie verzögert also auf das von den Sozialdemokraten empfohlene Mittel, die Bavaria beim Schopf zu fassen und solange und so kräftig zu schütteln, bis sie gesiegigt wird. Dieses Mittel wäre zweifellos das aller ungeeignete gewesen. Denn Bayern hätte sich von seiner Regierung, die unter sozialdemokratischer Diktatur stand, nicht auf die Knie zwingen lassen. Die Abordnung der bayrischen Regierungskoalition, die mit der Reichsregierung in Berlin verhandelt, vertritt ganz bestimmte Forderungen, die das Programm einer großen und starken Parlamentsmehrheit darstellen und über die die Reichsregierung nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Da in der bayerischen Regierungsmehrheit auch Demokraten sitzen, wird die Erfüllung dieser Forderungen einer Regierung nicht unmöglich sein, die trotz des Ausnahmezustandes doch hoffentlich noch an ihrer demokratischen Grundausrichtung festhält. Man wird deshalb annehmen können, daß eine Konfliktschaffung nicht mehr besteht, und daß zwischen Berlin und München die guten Beziehungen wieder hergestellt werden.

Soll die Entspannung der Lage aber wirklich sichtbar und von Dauer sein, so wird die Reichsregierung auch völlig unparteiisch für den Schutz der Verfassung sorgen müssen. Massenterror verträgt sich mit der Verfassung nicht und eine Regierung, die diesem Terror zu lieb überdrückte Verbote verhängt, verweist das Recht, zum Schutz der Verfassung aufzutreten. Der „Vormärz“ betrachtet die Entwicklung der Lage mit Mißtrauen und fordert seine Gesellschaft zu erhöhte Alarmbereitschaft auf. Die Regierung wird sich diesen angebrachten Eingriff in ihre Rechte mit aller Entschiedenheit verbitten müssen.

Berlin, 7. September. Amtlich wird mitgeteilt: Mittwoch nachmittag 4 Uhr begannen in der Reichskanzlei die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Vertretern der bayerischen Regierung und der bayerischen Koalitionsparteien. Sie wurden um einhalb 8 Uhr abends abgeschlossen und sollen morgen früh 9 Uhr fortgesetzt werden.

München, 7. Sept. Die „Bayern“ die Staatszeitung“ schreibt: Die Lage ist nach unseren Informationen so, daß begründete Ansicht besteht, die schwedenden Differenzen zwischen Berlin und München ausgelöscht seien, so wie es bei den Koalitionsparteien, vor allem auch in den Umständen zu einem Bruch mit dem Reiche kommen darf. Anderefalls ist aber auch nach unserer Kenntnis der Dinge in Berlin und Würzburg so weit als möglich eingegangen, wobei allerdings erwartet werden muss, daß die bayerischen Notwen- digkeiten in Berlin entsprechend gewürdigt werden.

Die Forderungen der deutschnationalen Volkspartei.

Berlin, 7. September. Bei der gestrigen Besprechung der deutsch-nationalen Volkspartei-Liberalen mit der Reichsregierung hob der Parteichef hervor, daß die Deutschnationalen Volkspartei durch eine einheitliche gegen rechts gerichteten Maßnahmen der Regierung in eine Kampffstellung gezwungen worden sei. Die Deutschnationalen Volkspartei sei eine Partei des Rechtes. Sie steht auf durchaus verfassungsmäßigem Boden und erkennet vollaus an, daß die bestehende Verfassung einen gewaltförmigen Verlegungen mit allen gesetzlichen Mitteln an sich in sei. Die Verordnung des Reichspräsidenten sei aber in nichts gerechtfertigt. Sie verstoße gegen Artikel 100 der Verfassung, in dem sie Gewalttätsigkeiten nicht allgemein, sondern nur dann verfolgt, wenn sie sich gegen Vertreter einer bestimmten politischen Auffassung richten, und nur Vertreter dieser Auffassung unter besonderen

Schneeberg.

Chargiertenversammlung.

Die Chargierten der 1. und 2. Freiwilligen Feuerwehr, sowie der Pflichtfeuerwehr werden zu der am Montag, den 12. September, abends 8 Uhr im Gasthaus „Zum Brummen“ stattfindenden eingeladen.

Schneeberg, den 8. September 1921.

Die Branddirektion.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreundes“ in Aue, Schneeberg und Schwarzenberg eingesehen werden.

Schuh stellt, die Vertreter anderer politischen Auffassungen also entstehen. Diese einseitige Tendenz der Verordnung sei noch besonders verschärft worden durch die Information der Presse, durch die verschiedene Reden des Reichstagsablers selbst und durch die von der Regierung gebildete allgemeine Hebe gegen rechts. Weiterhin verstoße die Verordnung deostal gegen die Verfassung, weil sie die Exzesse des Landes aushalte. Sie verleihe oberste Rechtsgroßmacht, indem sie Strafmaßnahmen rückwirkende Kraft verleihen und die bloße Tendenz unter Strafe gestellt hat, und indem sie ferner für die leichte Entscheidung über die Strafmaßnahmen jede ehrlicher Mithilfe ausdrückt. Die Regierung bestreite, daß die Regierung den Menschen der Regierung bedienten in ihrer Gesamtwirkung eine schwere Gefährdung weiterer Volksreize. Insbesondere habe der deutschnationalen Parteiführer in diesem Zusammenhang die schwere persönliche Bedrohung bestreitet durch den mißbräuchlichen Aushebungsvorfall in Jugendheim und die offenen Aufsetzungen zu Gewalttätsigkeiten gegen ihn wie gegen andere deutschnationalen Führer hervor. Die Deutschnationalen Volkspartei fordere demgemäß die Aufhebung der Verordnung oder eine Abänderung, die ihre Verfassungsmäßigkeit und ihre gleichmäßige Anwendung nach allen Seiten sichere. So lange sie noch bestehen, sei sie durchgreifenden Schuh aller gelegtmäßigen Veran- staltungen, auch der von Seiten der Rechten und insbesondere nationaler Freiheit zu jagen. Der Reichsanziger erwiderte, die Regierungsvorordnung werde streng und gerecht gegen alle gewalttätigen Elemente, wo immer sie sich zeigen mögen, angewandt werden. Ebenso werde er mit allen Mitteln gewalttägigen Sitzungen friedlicher Versammlungen entgegentreten.

Sowjetregierung und russische Hungersnot.

Doch in Russland der Hungertod wütet, ist ganz gewiß keine Neben- erzählung. Der amerikanische Professor Taals ist in den letzten Tagen des Monats August von einer ausgedehnten Forschungsreise in Russland nach London zurückgekehrt und seine Mitteilungen, die das neueste und durchaus zuverlässige Material enthalten, sind erschütternd. Taals hat seine Reise unternommen, um festzustellen, unter welchen Umständen eine Bekämpfung der Hungersnot in Russland durchgeführt werden könnte. Die russische Regierung hat ihm völlig Beweisgrundlage gelassen und so konnte der amerikanische Gesellschafter des Wolga- und die südöstlichen Zentren der Hungersnot besuchen. Er hat auch viel Wert darauf gelegt, sich mit den Leuten aus dem Volke zu unterhalten und unter ihnen praktische Erfahrungen zu sammeln. Taals stellt fest, daß die Bauern und die Bevölkerung in den russischen Hungergebieten auch nicht über einen Bissen Proviß verfügen. Um ihren Hunger zu stillen, suchen sie nach allen möglichen Ernährungsmitteln. Sie bauen kleine Auen aus Wurzeln, Pflanzen, Blättern, Pepern, jungen Baumfrüchten, ja sogar aus junger Baumrinde. Diese Auen sind in allen Farben. Sie stillen zwar auch vorübergehend den Hunger, machen aber, wie die Bauern sich ausdrücken, aus dem Magen eine Höhle. Die Folge des Genusses sind die ärgsten Verdauungsbeschwerden und innere Krankheiten, die in den allermeisten Fällen zum Tode führen. Tropismus besitzen diese „Auen“ einen gewissen Marktwert und werden in den Dörfern im Handel umgesetzt. Neben diesen kleinen „Auen“ werden, um den Hunger zu stillen, auch die verschiedensten Arten von Räubern und Blütern verzehrt. Der amerikanische Gelehrte teilt mit, daß infolge dieser hammerhaften Ernährungswweise die russische Bevölkerung in einem bisher nie erlebten Umfang an Cholera, Typhus, Infektionen dahinstirbt. Arzneimittel sind so gut wie nirgends vorhanden. In einigen Dörfern ist bereits die Hälfte der Bevölkerung dem Tode zum Opfer gefallen.

Die Erzählungen des amerikanischen Gelehrten lassen uns einen erschütternden Blick in die russische Hölle tun. Zur Linderung der durchdringenden Not ist blinder nur von amerikanischer Seite etwas profess. technisches getan worden. Eine Anzahl von amerikanischen Unterstützungsorganisationen haben sich dahin geeinigt, die Mittel, die sie aufbringen, durch die Hand des aus Russland wohlbekannten Herrn Hoover, der an der Spitze des amerikanischen Unterstützungs- amtes steht. Aber auch die Amerikaner fühlen sich nicht imstande, mit durchgreifenden Mitteln gegen die Hungersnot vorzugehen. Herr Hoover wird sich vielmehr darauf beschränken, für eine bessere Ernährung der Kinder und Kranken zu sorgen. Im Laufe der Woche sollen noch Flüchtlingslager in Petersburg und Moskau eröffnet werden, in denen die Flüchtlinge aus dem Wolga-gebiet und den anderen Zentren der Hungersnot nördlichere Nahrung finden können. Zwischen den Amerikanern den Wolga-gebiet und andere Gebiete der Hungersnot bereiten, um passende Orte auszusuchen, an denen Hilfsstationen errichtet werden können, um gesetzte Orte auszuführen, an denen Hilfsstationen der Amerikaner dem Hungersproblem als solchem nicht zu Leibe, es handelt sich vielmehr nur um den Versuch, die erste praktische Hilfe möglichst rasch an die jämisch erreichbaren Stellen zu leisten. Es gibt allerdings auch weitergehende Pläne. Die internationale Kommission, die in Paris last, plant die Entsendung einer Expedition, die zunächst einmal genau Feststellungen über den Stand der Dinge und über den notwendigsten Bedarf an Lebensmitteln, sowie über die geeigneten Transportwege machen soll. Noch weiter reichende Pläne sind erst eine Unterstützungscommission in Genf, an deren Spitze Dr. Mandel steht. Sie will umfangreiche Lebensmittelräume für die hungrige Bevölkerung und den Umlauf von Güterverkehr vornehmen, um einer Wiederholung der durchdringenden Katastrophe vorzubeugen. Dr. Mandel und Dr. Hoover würden sich also mit ihrem Unterstützungsamt vorbereitlich gegen seitig erläutern.

Der Erfolg dieser weitreichenden Pläne aber hängt vollkommen von der Sowjet-Regierung ab. Die Amerikaner arbeiten durchweg mit ihrem eigenen Apparate und sind deshalb auf die russische Regierungshilfe nicht besonders angewiesen. Von Ihnen ist aber auch, wie schon

gesagt, nichts wirklich Durchgreifendes zu erwarten. Dr. Mandel aber, der unmittelbar an die Zentren der Hungersnot herangehen will, der die Welt hat, eine Bevölkerung von 30 Millionen in unzähligen Dörfern vorstellt, in seine Hilfsaktion einzubeziehen, bedarf der engen Mitarbeit der russischen Sowjet-Regierung, er bedarf vor allen Dingen auch ihrer finanziellen Mittel, damit er die geplanten Maßnahmen durchführen kann. Auch die internationale Hilfskommission in Paris kann ihre Pläne nur mit Hilfe der Sowjet-Regierung durchführen. Die bolschewistischen Machthaber aber, die mit verschwundenen Armen und vielleicht auch wirklich ohnmächtig dem größtenteils von ihnen mitverhelfeten durchdringenden Elend des russischen Volkes zuschauen, deinen auch hier wieder die allerschrecklichste Menschlichkeit ihrem politischen Fanatismus zum Opfer. Der russische Unterführungsabschluß, der sich in Russland selbst gebildet hat, um Führung mit den ländlichen Hilfsaktionen zu gewinnen, ist unter einem brutalen Faustschlag der Sowjet-Regierung zusammengebrochen. Seine bedeutendsten Mitglieder, darunter angesehene Gelehrte und Politiker, haben ihr Augenhöhllein auf dem Rücken mit dem Leben büßen müssen. Die Sowjet-Regierung wittert Terror und monarchistische Anschläge, und Todesurteile mähen diesen niedrig, die ihre Hand der Unterwerfung der Hungersnot leihen wollen. Der Außenwelt aber meldet ein Moskauer Telegramm, daß die Sowjet-Regierung alle Ausländer, die bei dieser Gelegenheit eine Kontrolle der bolschewistischen Verwaltung versuchen möchten, zur Hölle senden werde. Wie man sieht, macht die Hölle der Hungersnot der Moskauer Regierung nicht die größte Sorge. An dem blutigen Fanatismus dieser Machthaber werden wohl leider alle dienenden eine millenwürdige Schranken finden, die von außen dem russischen Volke in seinem durchdringenden Elend wirkliche Hilfe bringen möchten.

Vonheuer Endspiel.

Berlin, 7. September. Der „Vater Unser“ meldet aus Paris: Vonheuer hielt am Sonntag in Reims eine Rede, in der er auf die schweren Verbrechen der Verführung einer jahrhunderte alten Kultur in Frankreich durch die Deutschen hinwies und erklärte, es dürfe den Deutschen kein Sous geschenkt werden. Dieses sei auch Absatz und Ziel seiner Verhandlungen mit Rathenau, der viel Verständnis für die Gerechtigkeit der französischen Angriffe zeige. Vonheuer wird im Oktober eine dritte Zusammenkunft mit Rathenau haben.

Weiterer Verhältnisverlust der oberschlesischen Frage.

Oppeln, 7. September. Wie vom zuständiger französischer Seite berichtet wird, soll die Entscheidung über Oberschlesien erst am 1. Dezember 1921 fallen. Die oberschlesischen Belagerungstruppen sollen bis 12. Januar 1922 Oberschlesien verlassen haben.

Berlin, 7. September. Der Belagerungszustand ist heute für ganz Oberschlesien aufgehoben worden.

Schwere Ausschreitungen in Berlin und Speyer.

Berlin, 7. September. Gestern abend wurden wieder fünf Versammlungen von wahlkundlichen Vereinigungen durch Kommunisten besucht. In Teplice überfielen die Kommunisten mit Stoh- und Eiswaffen die Tagung eines christlichen Jugendbundes. In allen Fällen war die Polizei leider erst zur Stelle, nachdem die Sowjettruppen sich ausgerichtet und eine große Anzahl der Teilnehmer regelrecht ausgeplündert hatten.

Speyer, 7. September. Wegen der mit Gewalttägkeiten verbundenen Demonstration in der vorherigen Woche, wobei das Regierungsbüro demontiert wurde, hat die Polizei neue Verhaftungen vorgenommen. Die Arbeiter haben die Freiheit der Verhafteten verlangt und sind heute vorzeitig in den Ausstand getreten. Um 11 Uhr vergangenen Sonntags wurde das Regierungsbüro von der Menge gestürmt. Bei einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Demonstranten fielen Schüsse. Ein Arbeiter wurde getötet, mehrere schwer verletzt.

Infolge der Vorgänge hat die französische Besetzung die Polizei gewalt übernommen und eine Untersuchung eingeleitet.

Ein Brief des Gräberger-Mörders.

Berlin, 7. September. Die „B. S.“ hatte gestern Handschriftproben der vermeintlichen Mörder Gräbergers veröffentlicht. Darauf ist der folgenden Brief zu ergreifen: Berlin, 6. 9. 21. Sehr geachtete Redaktion! Es ist nicht nötig, meinen Namen zu veröffentlichen. Ich reise noch heute ins Ausland. Ich bin kein Monarchist, aber ein alter Soldat, der das, was er mit seinem Blute bezahlte, nicht von Kapitalisten und Kriegsbrüderbergen verlieren läßt. Die Liste der Schulden ist noch sehr groß. Franz Rieß aus Düsseldorf.

Dazu führt die „B. S.“ noch an: In der Unterschrift ist der Name Rieß höchstlich ausgetragen. Der Brief ist, wie auf den ersten Blick zu erkennen, von der Hand des Mannes geschrieben, der die Entzerrung Franz Rieß aus Düsseldorf in das Fremdenbuch des Sachsen zum „Durchgang“ in Oppeln gemacht hat. Das charakteristische „Franz“ und andere Kennzeichen wiederholen sich hier. Der Brief ist gestern abends zwischen 5 und 6 Uhr aufgegeben worden. Ferner erbringt der Brief, wie das Blatt noch ausführt, den Beweis dafür, daß es sich bei dem angeblichen Franz Rieß jedenfalls nicht um einen Angehörigen des adeligen Kreises handelt, denn der Brief läßt grammatisch und orthographisch zu wünschen übrig. Das „n“ in dem Worte Kriegsbrüderbergen ist erst später angefügt worden und fehlt bei dem Worte Kapitalverbrecher ganz, und das Wort „verlieren“ ist mit zwei